

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.  
Vertriebspreis: 25 Pf. 24.  
Zur für Nachdruck: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung (bei Haus 1.50 Goldmark, Postgebühre für Monat März 3 Goldmark, Einzelpreis 15 Goldpfennig).  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Gelddauer berechnet; die einmalige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 10 mm breite Reklamezeile 15 Pf., außerhalb 20 Pf., über 200 Zeilen 10 Pf. Wem. Schriftgröße gegen Voranbest.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Mertenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Beidseitig nur mit druckbarer Schrift (Dresdner Schrift) zu schreiben. — Unpersönliche Schriftstücke werden nicht aufgenommen.

## Im Zeichen des Wahlkampfes.

### Wahlreden des Reichkanzlers und des Reichsaußenministers.

#### Tod des Prager Gesandten in Berlin v. Tuzar. — Haftentlassung Quiddes. — Plötzliche Abreise der englischen Sachverständigen.

### Die Kanzlerrede in Elberfeld.

Elberfeld, 23. März. Reichkanzler Marx sprach heute hier in der Stadthalle in einer öffentlichen Versammlung, mit der die Zentrumspartei des Wahlkreises Düsseldorf-N. die Reichskanzler an die Spitze ihrer Kandidatenliste gestellt hat, die Wahlbewegung eröffnete. Die von über 5000 Personen besetzte Versammlung bereitete dem Reichskanzler einen überaus herzlichen Empfang.

#### Der Reichskanzler

fährte etwa folgendes aus:  
Der Reichstag ist aufgelöst. Das deutsche Volk soll sich eine neue entscheidende Vertretung geben. Der erste Reichstag des deutschen Volkes hat nicht das Ende seiner verfassungsmäßigen Legislaturperiode erreicht, weil er angesichts der großen Not des Vaterlandes die Fülle gesetzgeberischer Arbeit, die zur Abwendung der Katastrophe getan werden mußte, zu leisten nicht mehr imstande war. Diese Feststellung bedeutet nicht einen Vorwurf, denn wie stand ein Parlament vor größeren und schwereren Aufgaben, wie ein Volk nie Größeres geleistet und Schwereres gelitten hat, als das deutsche, das jetzt schon seit zehn Jahren in bitterer Not

lebt. Was ist das Ziel unserer politischen Betätigung angesichts der Lage von Volk und Vaterland? Es kann nur eins sein: die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches und die Wahrung unserer Interessen infolge des Krieges und der Wirren der Revolution zu Boden geworfenen Volkes. Welche Aufgaben sollen wir erfüllen, um das gesteckte Ziel zu erreichen?

**Das der Friedensvertrag von Versailles untragbar ist und unter schwerer Verletzung der Gerechtigkeit geradezu Unmensliches und Unmögliches vom deutschen Volke verlangt, ist klare Einsicht des ganzen Volkes**

Insbesondere schmerzt der Vertrag, weil die in ihm enthaltene Bestimmung, daß Deutschland allein am Ausdruck des Krieges die Schuld trage, durch eine objektive wissenschaftliche Fortschrittskritik in Frage gestellt ist. Kein Wunder, daß ein Teil des Volkes verlangt: Aufhebung jener die Bestimmung dieses Traktats mit aller Macht, keine Nachgiebigkeit, keine Schwäche, sondern

#### Verweigerung jeglicher Erfüllung.

Was würde die Folge sein, wenn dieser Weg eingeschlagen würde? Der Sieger von Versailles ist im vollen Besitze seiner Macht. Rückblicklos bis zum äußersten würde er sie anwenden und stets angewandt haben, falls wir mit großen Kosten die Erfüllung der uns auferlegten Pflichten abgelehnt hätten.

#### Wir sind ein waffenloses Volk.

Geradezu wahnwichtig wäre es gewesen, den Sieger zu äußerster Gewaltanwendung zu zwingen. Das Zentrum hat sich entschlossen, den Versuch zu machen, die schweren Folgen des Versailleser Traktats bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu tragen, erfüllt von dem Gedanken, auf diesem harten Wege am ehesten die Befreiung Deutschlands von den ihm durch den Versailleser Vertrag auferlegten Pflichten zu erreichen.

#### Schwer sind die Opfer.

Wir Deutsche infolge dessen haben tragen müssen. Schwer ist vor allem das Joch, das der Friedensvertrag auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete gelegt hat. Schwerer noch sind die unehrerlichen Bedrückungen, die

#### der widerrechtliche Einmarsch in das Ruhrgebiet

für die dortige Bevölkerung zur Folge gehabt hat. Mit bewundernswürdigem Heroismus haben alle Deutsche an Rhein und Ruhr das schwere Schicksal getragen. Auch heute wollen wir der harten Opfer dieser Besetzung gedenken, insbesondere denen, die jetzt noch im Gefängnis schmachten, oder von ihrer Heimat vertrieben sind.

#### Viele sind ein Opfer der aus jedem deutschen Herzen hervordringenden Aufsehens wegen die widerrechtliche Veranlassung geworden.

Waffenlos wie wir sind, hat das überfallene Volk nur den passiven Widerstand als einzige Abwehrmöglichkeit gehabt. Aber auch er blieb angesichts der Uebermacht der rücksichtslosen Feinde ohne Erfolg. Echt national scheint mir gekannt zu sein, sich durch Übernahme schwerer und ehrender Pflichten im Dienste des Volksganges auszuzeichnen und Schweres von ihm fernzubehalten. So sehr es gleichsam ist, daß wegen der zahlreichen nationalen Demütigungen, die unser Volk seit 1918 hat ertragen müssen, ein gung, die unter nationaler Wille, der Wille zur nationalen Freiheit sich aufbaut, mit tüchtigem mütternen Verstand die unglückliche Lage unseres Vaterlandes zu betrachten und ohne Parteilichkeit und ohne Leidenschaft geschlossen den opfervollen und ehrlichen

#### Weg der Erfüllung

und der Abwälzung der harten Verpflichtungen zu bedenken, das ist weit eher Befreiung als Erfüllungspolitik. Die Wahlbewegung wird den inneren Parteienkreis um die Durchführung der Außenpolitik wieder vergrößern

ausleben lassen. Trotzdem ist es meine Hoffnung und sicherlich die Hoffnung der gesamten Bevölkerung der schwerleidenden besetzten Gebiete, daß das neue Parlament in seiner Mehrheit entschieden ist, die Reparationsfrage zur endgültigen Erledigung zu bringen, einmütig in dem hohen nationalen Ziele durch materielle Opfer zur nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit zu kommen. Dieses Ziel muß in aller nächster Zeit erreicht werden, soll Deutschland und mit Deutschland Europa und die ganze Welt wieder ein würdigen Dasein führen.

**Das deutsche Volk will frei sein, um in friedlicher Arbeit neben den anderen Nationen die ihm von Gott gesetzte Aufgabe zu erfüllen.**

Nach einem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen der Sachverständigen fuhr der Reichskanzler fort: Wir sind bereit, mit jeder Partei zu arbeiten, die mit uns positive Arbeit am Segen des Ganzen und des einzelnen zu leisten gewillt ist. Nationalpolitik ist unserer Ueberzeugung nach auch die Entschlossenheit, die Einheit des Reiches zu schützen und zu sichern auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung. Unrecht ist es, ihr die Rechtsverbindlichkeit abzuspriechen. Das deutsche Volk war kraft Naturrechts berechtigt, nach dem Umsturz der gesamten Staatsordnung eine Vertretung zu wählen, die eine neue Verfassung beschließen sollte. Einwandfrei ist die Verfassung zustande gekommen und am 14. August 1919 in Kraft getreten. Von da ab hat das Deutsche Reich eine neue Rechtsgrundlage gefunden, die nicht nur rechtsverbindlich für jeden Staatsbürger, sondern für jeden in dem Gewissen verpflichtend ist.

**Ein Verbrechen beachte, wer es unternimmt, gewalttätig und widerrechtlich die Verfassung zu kürzen. Sachverrat ist jeder Versuch, auf nicht rechtmäßigem Wege andere verfassungsmäßige schärfste Staatsform zu ändern.**

Wie wir im alten Reiche der Staatsautorität mit ihrer monarchistischen Spitze in Treue gedient haben, so werden wir auch in gleicher Treue der deutschen Republik dienen, mag manch einer auch noch mit Behmut auf das alte stolze Reich zurückdenken und der Meinung sein,

#### die Monarchie ist für Deutschland besser

und erstrebenswert. Der Reichskanzler ging darauf in großen Zügen ein und sagte weiter, eine gesunde Wirtschaft ermöglicht allein die kulturelle und materielle Wohlfahrt unseres Volkes. Der Kanzler schloß: Ueber lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes wird der nächste Reichstag entscheiden müssen. Seine Zusammenkunft ist von ausschlaggebender Bedeutung. In der Hand der Wählerkraft liegt das Schicksal unseres Reiches. Wenn die radikalen Parteien von rechts oder links eine starke Vermehrung ihrer Mitglieder erfahren, dann sind die Folgen unübersehbar. An das deutsche Volk kann nur die Aufforderung ergehen, sorgfältig dafür zu sorgen, daß ein arbeitsfähiger Reichstag zustande kommt, der nicht gewählt ist, das deutsche Volk in neue Abenteuer zu führen. Sorgt für einen Reichstag, der den Weg erster harter Arbeit weiter geht und zu bewahren und zu wehren trachtet, was wir in den letzten fünf Jahren an fargen Erfolgen dem Gegner abgerungen haben.

#### Ruhe im Innern verbürgt am ehesten Verständigung nach außen, und damit Frieden und Freiheit, wonach Deutschland sich seit 10 Jahren sehnt.

Erfülle, deutsches Volk, bei den kommenden Wahlen deine Pflicht. In deiner Hand sind deines Schicksals Sterne! Den Ausführungen des Reichskanzlers folgte langanhaltender, stürmischer Beifall. Die Versammlung, die ohne Störung verlief, stimmte in ein Hoch auf das deutsche Vaterland begeistert ein und sang dann lebhaft das Deutschlandlied.

## Dr. Stresemann für die Volksgemeinschaft.

### Die Bedeutung der Wahlen. — Die verantwortliche Mitarbeit der Deutschen Volkspartei an der Gestaltung der deutschen Geschichte. — Die Kriegsschuldfrage. — Dr. Stresemann gegen Bayern. Eine Rede des Außenministers in Darmstadt.

Darmstadt, 23. März. Reichsminister Dr. Stresemann hielt heute hier auf einer Tagung der Deutschen Volkspartei eine mit herzlichem Beifall aufgenommene Rede, in der er zunächst die Bedeutung der kommenden Wahlen für die weitere Entwicklung unseres Vaterlandes einlang, die sie mit den großen weltgeschichtlichen Entscheidungen, vor denen wir am ehesten in diesem Jahr ständen, beeinflussen würden. Der Reichsminister wies zunächst einen Rückblick auf die letzten Jahre, namentlich auf das Jahr 1920, das einen großen Umbruch in der Zusammensetzung des Parlaments gebracht und

#### die Deutsche Volkspartei

vor die entscheidende Frage gestellt habe, ob sie in der Opposition verbleibe oder an der Verantwortung in der Regierung teilnehmen wolle. Die Partei habe den Weg der verantwortungsvollen Mitarbeit gewählt, während die Deutschnationale Volkspartei sich, und zwar besonders in der letzten Zeit mit Bewußtsein abgelehnt habe. Den Grund für die Haltung der Partei im Reichstag besitze, nur dann in eine Regierung einzutreten, wenn die sie selbst verpflichtet zu werden, könne eine Partei nur dann vertreten, wenn sie die Mehrheit im Reichstag besitze. Solange dies nicht der Fall sei, werde jede Politik eine Kompromisspolitik bleiben müssen.

Was vom Volk verlangt werden müsse, sei, daß es im gegebenen Augenblicke eine große nationale Einheit nach außen darstelle.

Die einzigen Siege, die wir nach dem verlorenen Krieg erfochten hätten, seien die Siege der Volkseinheit in den großen Kämpfen um unsere Freiheit, in denen das Deutschstum sich zu seinem Vaterlande bekannt habe. Das erste Ziel jeder Politik im jetzigen Deutschland müsse die Idee der

#### Zusammenführung der Parteien

sein, um den Gedanken der Volksgemeinschaft in der Zeit der größten Gefahr zu verwirklichen. Außenpolitisch sei unsere ganze Arbeit bisher eine Sisyphusarbeit gewesen. Wenn einem Volk die Gewalt der Waffen nicht zur Verfügung stehe, müsse man auch den Mut haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn dies zunächst auch unpopulär sei.

#### Der Versailleser Vertrag

sei in vielen Beziehungen, z. B. in den Forderungen des letzten Ultimatums, undurchführbar, aber er wolle davon zu glauben, daß man eine Veränderung der Verhältnisse durch die Zerstückelung des Vertrages erzielen könne.

Wenn er gegen die Rechtsminderheiten des Versailleser Vertrages protestieren wolle, dann müsse er sich auf den Boden des Vertrages stellen.

Dr. Stresemann wandle sich sodann gegen die letzte Rede des bairischen Ministerpräsidenten v. Kullmann. Wenn die bairische Regierung den Wunsch gehabt habe, sich über die Außenpolitik zu orientieren oder sie zu beeinflussen, z. B. in der

#### Kriegsschuldfrage

so wäre es ihre Pflicht und Schuldigkeit gewesen, diese Dinge

im Auswärtigen Ausschuss des Reichsrates vorzubringen, wo sie besser hätten, als in eine Volksversammlung. Zudem sei es unrichtig, daß die deutsche Politik in der Kriegsschuldfrage verlagert habe. Wiederholt habe er die Lage von dem deutschen Reichsschuld zurückgegriffen und die Anklageschriften der Regierung und die Organisationen seien nicht ohne Wirkung geblieben. Der Erfolg der Arbeit des Auswärtigen Amtes habe sich in der seit 1919 veränderten geistigen Einstellung vieler Mächte gezeigt. Wenn man die Dinge geschichtlich betrachte, so werde man zu dem Ergebnis kommen, daß noch selten eine stärkere Umstellung der Welt eingetreten sei. Diese Umstellung habe sich auch in den Verhandlungen der Sachverständigenauschüsse gezeigt. Der Minister wandle sich gegen den Vorwurf, daß er seine Politik auf eine alleinstige

#### Verständigung mit Frankreich

eingestellt habe. Dasselbe es, den haben mit England abschneiden, wenn wir zum ersten Male eine Anleihe von der Bank von England bekämen?

Zur inneren Politik wandle sich Reichsminister Dr. Stresemann gegen den Vorwurf, daß die Regierung marxistisch eingestellt gewesen sei. Der Streit in der Frage der Urheberschaft der Rentenmark sei müßig. Entscheidend sei gewesen, daß man den Fiaz in Ordnung gebracht habe, wobei man an dem Beamtenabbau nicht habe vorbeigehen können. Die herabgesetzten Gehälter seien nur für eine Uebergangszeit bestimmt.

Die Quelle der Wertbeständigkeit, nicht mehr anzugehen, als eingenommen werde, müsse unbedingt erhalten bleiben.

Sodann wandle sich der Reichsminister gegen die Methoden, mit denen man in München Innen- und Außenpolitik getrieben habe. Keiner der dortigen Herren hätte sich den Kopf zerbrochen, wie sie es machen sollten, wenn sie in der Wilhelmstraße lägen. Zum Schluß wies Reichsminister Dr. Stresemann den Vorwurf zurück, daß die Politik der Deutschen Volkspartei rein opportunistisch sei und vermies dabei auf Bismarck, der seine Verbündeten da genommen, wo er sie finden konnte. Man müsse aus jeder Lage das Beste herausholen. Die Partei habe sich bewußt zur Politik der Verantwortlichkeit bekannt und sei stolz darauf, an dem Wiederaufbau des Reiches mitgewirkt zu haben.

#### Gesandter v. Tuzar †.

Berlin, 23. März. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der tschecho-slowakischen Republik in Berlin, v. Tuzar, ist gestern abend um 1/2 7 Uhr einem schweren Herzleiden, an dem er seit einiger Zeit litt, erlegen.

Tuzar war als Redner hoch angesehen und wurde wegen seiner vornehmen Haltung vielfach als Unterhändler verwendet. 1917 wurde er Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses und nach dem Umsturz im Oktober 1918 zunächst vorläufiger, dann definitiver tschecho-slowakischer Gesandter in Wien. Am 28. Juli 1919 erlangte er die Ministerpräsidentschaft und trat von diesem Posten im September 1920 zurück. Seitdem bekleidete der Verstorbenen den Gesandtenposten in Berlin.